

N i e d e r s c h r i f t

über die 10. – nichtöffentliche und öffentliche – Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales am Mittwoch, dem 28.11.2007, 17:00 Uhr

Die Mitglieder des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales versammelten sich nach ordnungsgemäßer Einladung durch die Vorsitzende vom 14.11.2007 im Bürgersaal des Bürgerhauses.

Es waren anwesend:

I. Die Mitglieder des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales

a) Ratsmitglieder

- | | | |
|-----|--------------------------|--|
| 1. | Herr Klaus Dupke | |
| 2. | Frau Anabela Barata | für Herrn Ludger Born |
| 3. | Herr Christoph Bosbach | |
| 4. | Herr Dr. Stephan Lipski | |
| 5. | Frau Claudia Schlottmann | - stellv. Vorsitzende |
| 6. | Herr Norbert Schreier | |
| 7. | Frau Hiltrud Stegmaier | - Vorsitzende |
| 8. | Herr Alexander Büttner | für Herrn Reinhard Zenker |
| 9. | Frau Dagmar Hebestreit | Vertretung für Frau Stegmaier
für TOP 3 und 4 |
| 10. | Frau Marie-Liesel Donner | Vertretung für Herrn Klaus
Dupke für TOP 3 |

b) Sachkundige Bürger

- | | | |
|-----|---------------------------|------------------------------|
| 9. | Herr Claus Meissner | |
| 10. | Frau Ursula Greve-Tegeler | |
| 11. | Frau Marianne Münnich | |
| 12. | Herr Friedhelm Burchartz | für Frau Kirsten Oberdörster |
| 13. | Herr Alfred Will | |

c) Beratende Mitglieder

Herr Rudolf Bergner

d) Ständiger Berater in Schulangelegenheiten

Herr Ulrich Göbeler

entschuldigt

e) Ständige Berater in Sozialangelegenheiten

Herr Siegfried Wagner	
Frau Elisabeth Knebel	
Frau Vera Lepper	- bis TOP 12
Herr Pfarrer Hergarten	- bis TOP 15

e) Sachkundige Einwohner

Herr Helmut Klink

II. Von der Verwaltung

1. Herr Beigeordneter Gatzke
2. Herr Weinelt, Leiter des Amtes für Soziales und Integration
3. Frau Panke, Leiterin des Amtes für Jugend, Schule und Sport
4. Herr Eichmann, Amt für Jugend, Schule und Sport
5. Frau Wachendorf, Sportbüro
6. Frau Lindenthal, Amt für Jugend, Schule und Sport
7. Herr Ralf Scheib, Leiter des Amtes für Gebäudewirtschaft - bis TOP 14
8. Frau Keko, Amt für Soziales und Integration - bis TOP 9
9. Herr Wobisch, Amt für Soziales und Integration - bis TOP 9
10. Frau Michel, Amt für Soziales und Integration - bis TOP 9

III. Vertreter der Schulaufsichtsbehörde

- | | |
|--------------------------------------|--------------|
| 1. Herr Schulamtsdirektor Steinbrink | entschuldigt |
| 2. Herr Schulamtsdirektor Lindemann | entschuldigt |

IV. Vertreter der Schulen

- | | | |
|-------------------------------------|--------------|-------------|
| 1. Herr Oberstudiendirektor Rädisch | Gymnasium | |
| 2. Frau Rektorin Keding | Grundschulen | |
| 3. Herr Schüller | Realschule | - bis TOP 9 |
| 4. Frau Gronemeyer | Förderschule | |

V. Gäste

1. Frau Graf, Vertreterin des Behindertenbeirates

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Die Vorsitzende verpflichtete **Frau Marianne Münnich** als sachkundige Bürgerin zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Mitglieder des Schul- und Sportausschusses stimmten dem Vorschlag der Vorsitzenden zu, die Sitzungsvorlage „Einführung eines bilingualen Unterrichts – Antrag der CDU-Fraktion SV-Nr.: 51/314“ als Tagesordnungspunkt 10 aufzunehmen und die Tagesordnung entsprechend zu ändern.

Danach wurde die Tagesordnung wie folgt abgewickelt:

T a g e s o r d n u n g :

I. Nichtöffentliche Sitzung

1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

II. Öffentliche Sitzung

➤ Sozialangelegenheiten

3. Abschluss einer Zielvereinbarung zwischen dem Behindertenbeirat und der Stadt Hilden – **SV 50/52**
4. Antrag auf Gewährung von Zuschüssen gem. Ziffer 2.3 der Richtlinien zur Förderung der Seniorenbegegnungszentren in Hilden und Bericht über die bisher geförderten Projekte – **SV 50/53**
5. Maßnahmen zur Förderung der Integration in Hilden – **SV 50/54**
 - Bericht über die Umsetzung des Maßnahmenkataloges 2007
 - Maßnahmenkatalog 2008
6. Bericht über das Integrationskonzept „KsK – Kontakte statt Konflikte“ – **SV 50/55**
7. Einführung einer Ermäßigungskarte „ItterPass“ – **SV 50/56**
8. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

9. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

➤ **Schul- und Sportangelegenheiten**

10. Einführung eines bilingualen Unterrichtes – **SV 51/314**
- Antrag der CDU-Fraktion
11. Qualitätskontrollsystem in der Gebäudereinigung – **SV 26/45**
12. Schüler- und Klassenzahlen zum Schuljahr 2007-2008 – **SV 51/226**
13. Ferdinand-Lieven-Schule – Förderschule ‚Lernen‘
Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Hilden und der Stadt Haan über den Zusammenschluss von Förderschulen – **SV 51/300**
14. Ganztagskonzept für die Städt. Hauptschule Theodor-Heuss – **SV 51/302**
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2007
15. Sachstandsbericht Offene Ganztagsgrundschule – **SV 51/301**
Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2007
16. Änderung der Richtlinien für die Teilübernahme von Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen, Ganztagsangeboten offener oder gebundener Ganztagsschulen und nachschulischen Betreuungsformen – **SV 51/227**
17. Verkürzung der Schulzeit – **SV 51/308**
Antrag der Fraktion die UNABHÄNGIGEN Hilden vom 07.08.2007
18. Sanierung des Sportplatzes Kalstert – **SV 66/112**
hier: Beratung der Unterlagen nach § 14 GemHVO
19. Ergebnisse CHECK! 2007 – **SV 51/303**
20. Bericht Turn- und Sporthallenanalyse – **SV 51/304**
21. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
22. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Tagesordnung:

I. Nichtöffentliche Sitzung

...

II. Öffentliche Sitzung

➤ Sozialangelegenheiten

1. Abschluss einer Zielvereinbarung zwischen dem Behindertenbeirat und der Stadt Hilden – SV 50/52

Frau Stegmaier und Herr Dupke erklärten sich zu diesem Tagesordnungspunkt als Mitglieder des Behindertenbeirates der Stadt Hilden für befangen. Sie wurden von den Ratsmitgliedern Frau Donner und Frau Hebestreit vertreten.

Den Vorsitz im Ausschuss übernahm **Frau Schlottmann**.

Herr Burchartz teilte mit, Behindertenbeirat und die Stadt Hilden habe mit der Zielvereinbarung eine gute Arbeit vorgelegt, der er für die FDP-Fraktion zustimmen werde.

Herr Will schloss sich dem an und dankte den Beteiligten für das Ergebnis. Die Bürgeraktion habe jedoch inhaltlich weitergehende Maßnahmen erhofft. Für die Bürgeraktion stelle er folgende Anträge:

1. Der § 3 Abs. 2 wird dahingehend konkretisiert, dass hinter dem Wort „regelmäßig“ die Ergänzung „mindestens einmal jährlich“ eingefügt wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis spätestens zur Ratssitzung am 12.12.07 eine Kostenabschätzung vorzulegen, was die Erstellung eines Gutachtens kosten würde, in dem alle Maßnahmen mit einer Kostenabschätzung aufgelistet sind, die notwendig wären, alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zu gestalten.

Frau Münnich erklärte, das vorgelegte Ergebnis sei ein sehr guter Anfang. Der Katalog der vereinbarten Maßnahmen sei aber aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN um die Belange geistig behinderter oder sinnesbehinderter Menschen zu erweitern.

Herr Wagner regte, zu Ziffer 12 des Maßnahmenkatalogs an, die Barrierefreiheit nicht nur bei der Neugestaltung von Schreiben und Vordrucken der Verwaltung, sondern insbesondere auch bei Bescheiden und Dokumenten zu berücksichtigen.

Herr Beig. Gatzke führte ergänzend aus, dass die vorliegende Zielvereinbarung in Nordrhein-Westfalen eine einmalige Situation schaffe. Während die Stadt Duisburg eine Zielvereinbarung über die Schaffung von Barrierefreiheit für ein Objekt

abgeschlossen habe, sei Hilden mit dem Maßnahmenkatalog in NRW inhaltlich konkreter. Die Zielvereinbarung sei in vorbildlicher Weise gemeinschaftlich zwischen Behindertenbeirat und Verwaltung entwickelt worden. Sie sei nicht als endgültiges Paket anzusehen, sondern erfordere als Prozess eine Weiterentwicklung. Dies werde auch wieder gemeinschaftlich mit dem Beirat erfolgen. Die zur Beschlussfassung vorliegende Zielvereinbarung stelle eine gute Grundlage für ein entsprechendes Tätigwerden dar. Herr Gatzke hob besonders hervor, dass allen Verantwortlichen klar sein müsse, dass Barrierefreiheit nicht kostenlos zu haben sei. Im Einzelfall werde bei zukünftigen Maßnahmen darüber zu entscheiden sein. Zu den gestellten Anträgen wies er darauf hin, dass nicht schon jetzt versucht werden sollte, den gemeinsam erarbeiteten und von den Beteiligten in dieser Form akzeptierten Katalog von Maßnahmen zu ändern. Es solle vielmehr versucht werden, mit dem abgestimmten Werk anzufangen und Erfahrung zu sammeln. Eine Erweiterung bzw. Ergänzung könne danach jederzeit erfolgen.

Zum Antrag von Herrn Will teilte er mit, dass nach Kostenschätzungen des Amtes für Gebäudewirtschaft für die vorgeschlagene Begutachtung mit Kosten von rd. 1500 € je Gebäude gerechnet werden müsse. Dies erfordere bei rd. 100 städt. Gebäuden einen Kostenaufwand von über 150.000 €. Das sei auch in den Gesprächen mit dem Beirat Gesprächsgegenstand gewesen und als konkrete Forderung verworfen worden.

Im Einvernehmen mit dem Beirat sollte der Zielvereinbarung und dem vorliegenden Beschlussvorschlag zugestimmt werden.

Eine von Herrn Will vorgeschlagene Ergänzung der Vereinbarung in § 3 Abs. 2 um das Wort „jährlich“ zur regelmäßigen Berichterstattung könne ebenso erfolgen wie die Anregung von Herrn Wagner, Ziffer 12 des Katalogs um Barrierefreiheit für „Bescheide und Dokumente“ zu erweitern.

Herr Will zog daraufhin, seinen Antrag zur Vorlage einer Kostenschätzung, zurück.

Ohne weitere Wortmeldung fasste der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales **einstimmig** unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergänzungen folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Zielvereinbarung mit dem Behindertenbeirat zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen in Hilden in der vorgelegten Form (**Anlagen 1 und 2**) abzuschließen.“

2. Antrag auf Gewährung von Zuschüssen gem. Ziffer 2.3 der Richtlinien zur Förderung der Seniorenbegegnungszentren in Hilden und Bericht über die bisher geförderten Projekte – SV 50/53

Herr Burchartz beantragte, die Entscheidung über die Sitzungsvorlage bis zu den Haushaltsplanberatungen zu verschieben.

Herr Bosbach teilte hierzu mit, bereits heute entscheiden zu wollen. Die Begegnungszentren in Hilden seien im Hinblick auf die demographische Entwicklung weiter zu stärken. Die beantragten Projekte seien dafür gut geeignet und die Mittel dafür auch bereitzustellen. Darüber könne auch heute schon abgestimmt werden. In der daraufhin vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag auf Verschiebung mit **6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen** abgelehnt.

Nach Beantwortung von Fragen durch Herrn Gatzke zur zukünftigen Entwicklung insbesondere zum Wohnen im Alter fasste der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales gewährt gem. Ziffer 2.3 der Richtlinien zur Förderung der Seniorenbegegnungszentren in Hilden

- a) der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Hilden, zur **Projektbegleitung und –beratung für engagierte Hildener Bürgerinnen und Bürger** im Rahmen der Durchführung der Frei(en)zeitbörse „Mittendrin“ und das Projekt **Angekommen? Hildener Migrationsgeschichte(n) – Geschichten des Zuzugs** einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 9.304 € und
- b) dem Diakonischen Werk Hilden einen Zuschuss für eine Projektreihe in Zusammenarbeit mit Evang. Familienzentrum mit dem Titel: **Menschen vom Kindergartenalter bis zum Seniorenalter erleben miteinander kreatives Werken und Gestalten** in Höhe von 5.000 €.“

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde lagen keine Meldungen vor.

3. Maßnahmen zur Förderung der Integration in Hilden – SV 50/54 - Bericht über die Umsetzung des Maßnahmenkataloges 2007 - Maßnahmenkatalog 2008

Herr Bosbach führte aus, das Integrationskonzept der Stadt Hilden besitze einen hohen Stellenwert. Die SPD-Fraktion werde daher die für 2008 benötigten Mittel zur Verfügung stellen.

Herr Burchartz erklärte, das Konzept der Stadt Hilden sei federführend in NRW. Auch die FDP-Fraktion werde deshalb dem Beschlussvorschlag zustimmen. Ohne weitere Wortmeldung fasste der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales **einstimmig** folgenden Beschluss:

- „1. Der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales nimmt den Bericht der Verwaltung über die Umsetzung des Maßnahmenkataloges 2007 zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales beschließt die Umsetzung des vorgelegten Maßnahmenkataloges zur Integrationsförderung in Hilden für das Jahr 2008.
Über die Bereitstellung der Mittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

4. Bericht über das Integrationskonzept „KsK – Kontakte statt Konflikte“ – SV 50/55

Frau Michel, Leiterin des Projektes „KsK“ stellte die Inhalte des Projektes mittels einer Powerpoint-Präsentation vor.

Die Folien der Präsentation sind **als Anlage** der Niederschrift beigelegt.

Der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales nahm den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

5. Einführung einer Ermäßigungskarte „ItterPass“ – SV 50/56

Herr Bosbach erklärte, die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, da mit dem Pass eine Stigmatisierung ausgeschlossen werde.

Herr Will beantragte folgende Ergänzung:

„Der Sachstandsbericht soll insbesondere Aussagen treffen

- zum Umfang des Berechtigungskreises im Zeitablauf
- zur Anzahl der Anträge zur Ausstellung des Itterpasses von Leistungsempfängern nach SGB II
- zur Nutzungshäufigkeit des Passes
- zu den Ist-Kosten“

Herr Gatzke teilte hierzu mit, dies seien aus Sicht der Verwaltung alles Dinge, die in einem Sachstandsbericht aufgenommen würden und nicht eines besonderen Beschlusses bedürften.

Frau Münnich dankte der Verwaltung für die Vorlage und stellte fest, dass nach vorliegenden Statistiken 25 % aller Kinder nicht schwimmen könnten. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN würden hier aktiv werden, da in den Hildener Bädern Ermäßigungsregelungen nicht vorhanden seien. Sie stellte darüber hinaus folgenden Antrag zur Erweiterung des Beschlussvorschlages:

1. Der ItterPass wird auch an Personen/Familien vergeben, deren Einkommen nur bis zu 20% über dem der Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II und SGBXII liegt.
2. Alle Kinder ab Vollendung des 12. Lebensjahres erhalten einen eigenen ItterPass.
3. Der ItterPass wird innerhalb der Geltungsdauer bei Verlust oder Beschädigung einmal ersetzt.

Herr Bergner regte an, die Kosten für das Layout einzusparen.

Herr Klink erklärte zur Aussage von Frau Münnich, dass alle Schulen in den städtischen Bädern kostenlos schwimmen könnten und ein Regelungsbedarf nicht gegeben sei.

Herr Burchartz schlug vor, dass vor der Einführung des ItterPasses das Thema mit Zusatzanträgen nicht zerredet werden sollte, sondern diese Dinge berücksichtigt werden können, wenn der erste Sachstandsbericht vorliege.

Herr Beig. Gatzke bat zu den gestellten Anträgen über die Erweiterungen erst nach Vorlage des Sachstandsberichts zu entscheiden. Eine Ausweitung des berechtigten Personenkreises bedeute, dass dies mit vorhandenem Personal nicht bewältigt werden könne. Eine Einkommensprüfung sei zusätzlich nötig, wobei eine Quantifizierung insgesamt auch nicht schätzbar wäre. Insgesamt sei aber dann mit zusätzlichen Kosten zu rechnen. Die Verwaltung sei selbst gespannt, wie eine Ermäßigungskarte in Hilden angenommen würde.

Frau Münnich und Herr Will erklärten, ihre Anträge zurück zu nehmen und den zugesagten Sachstandsbericht abzuwarten.

Ohne weitere Wortmeldung fasste der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Einführung einer Ermäßigungskarte für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen mit dem Arbeitstitel „ItterPass“.

Die Verwaltung wird beauftragt 1 Jahr nach Einführung des ItterPasses einen Sachstandsbericht vorzulegen.

Die Mittel werden im Haushaltsplan 2008 zur Verfügung gestellt.“

6. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

Herr Weinelt teilte mit:

1. Für den am 12.12.2007 stattfindenden Rat sei eine Sitzungsvorlage zur Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zur Bezahlung von Krankenhilfesaufwendungen in einem besonderen Fall für einen Hilden zugewiesenen Asylbewerber in Höhe von rd. 182.000 € vorgesehen. Eine vorherige Vorlage im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales habe nicht erfolgen können, weil eine Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen über den Umfang und die Höhe der Aufwendungen noch nicht abgeschlossen sei, der Rat dagegen am 12.12.07 in diesem Jahr seine letzte Sitzung habe.
2. Die Kreisverwaltung habe als Ergebnis Ihres mit Landesmitteln geförderten Integrationsprojektes aus 2006 ein „Rahmenkonzept für die im Kreisgebiet lebenden Menschen mit Migrationshintergrund“ erstellt und dies im Vorfeld der für den 17.12.2007 vorgesehenen Beschlussfassung durch den Kreistag mit den kreisangehörigen Städten abgestimmt. Im Konzept sei die Abgrenzung zu den Integrationsaufgaben der Städte berücksichtigt.
3. Die Stadt Hilden sei in diesem Jahr mit dem gemeinschaftlich mit der Polizei durchgeführten Präventionsprojekt „Aktionsbündnis Senioren-Sicherheit – ASS Hilden“ Preisträger für den **„Landespreis für Innere Sicherheit 2007 in NRW“**. Die Preisverleihung durch den Innenminister des Landes NRW, Herrn Dr. Ingo Wolf, erfolge am 30.11.2007 in Mönchengladbach. Hierbei handele es sich um ein Aktionsbündnis zur Verhinderung von Trickbetrug zum Nachteil von Seniorinnen und Senioren. Hilden sei somit

nach 2006 mit der Ordnungspartnerschaft zur Gewaltprävention im Jugendbereich im Hildener Norden zum zweiten Mal hintereinander einer der Preisträger.

4. Für die Durchführung der Schuldnerberatung im Kreis Mettmann seien nunmehr auf der Grundlage konkreter Zahlen die Kontrakte mit den Beratungsorganisationen in den kreisangehörigen Städten verlängert und die Kreiszuschüsse für 2008 festgelegt worden. Die Höhe des Kreiszuschusses für den in Hilden beauftragten SKFM wirke sich jedoch auf den städt. Zuschuss für 2008 aus. Im Ergebnis sei durch eine Erhöhung des Kreiszuschusses im Jahr 2008 der städt. Zuschuss um rd. 500 € niedriger als 2007.

7. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Herr Bosbach reichte für die SPD-Fraktion den als **Anlage** beigelegten Antrag mit dem Titel „Gleiche Chancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen“ ein.

➤ Schul- und Sportangelegenheiten

8. Einführung eines bilingualen Unterrichtes – SV 51/314

- Antrag der CDU-Fraktion

Der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales nahm die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

9. Qualitätskontrollsystem in der Gebäudereinigung – SV 26/45

Herr Scheib berichtete, dass mit der Einführung des Qualitätskontrollsystems ein geeignetes Instrument zur Überprüfung der Reinigungsqualität an den Schulen geschaffen wurde.

Frau Münnich erkundigte sich, ob alle bei der Reinigung eingesetzten Putzmittel auf allergieauslösende Substanzen getestet seien.

Herr Scheib erklärte, dass nur Putzmittel zum Einsatz kämen, die über ein geprüftes Gütesiegel verfügen.

Herr Will fragte nach, wie oft die Kontrollen und die Ortsbesichtigungen an den Schulen stattgefunden hätten.

Herr Scheib erwiderte, die Kontrollen finden täglich durch die Hausmeister statt. Die Ortsbesichtigungen würden seit September 2007 durchgeführt und in der Regel hätte an jeder Schule eine Ortsbesichtigung stattgefunden, bei festgestellten Mängeln hätte es Nachkontrollen gegeben.

Ohne weitere Wortmeldung nahm der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

10. Schüler- und Klassenzahlen zum Schuljahr 2007-2008 – SV 51/226

Ohne Wortmeldungen nahm der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

11. Ferdinand-Lieven-Schule – Förderschule ‚Lernen‘

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Hilden und der Stadt Haan über den Zusammenschluss von Förderschulen – SV 51/300

Herr Will erkundigte sich, ob mit der Zunahme der Schüler an der Ferdinand-Lieven-Schule auch eine Erhöhung der Lehrerstunden erfolge.

Herr Beig. Gatzke erklärte, dass die Zuweisung der Lehrerstunden nach einem Schlüssel erfolge, der Abhängig von der Höhe der Schülerzahlen sei.

Mit dem Abschluss dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wurde eine der gutachterlichen Empfehlungen aus dem Schulentwicklungsplan umgesetzt. Mittelfristig wurde im Schulentwicklungsplan die Errichtung eines Kompetenzzentrums angedacht, indem die unterschiedlichen Fördergruppen vereint würden. Die Landesregierung habe ihre Vorstellungen zu diesem Modell konkretisiert. Für NRW sei die Einrichtung von nur 20 Zentren geplant. Die Stadt Hilden werde mit der Förderschule klären, ob eine Bewerbung möglich wäre. Dieses setzt jedoch voraus, dass die Ferdinand-Lieven-Schule bereit sei, ein Konzept zu entwickeln und in dem sehr kurzen zeitlichen Rahmen alle Beschlüsse durch die Schulgremien herbeizuführen.

Herr Bosbach fragte nach, ob die Sonderpädagogische Fördergruppe der Albert-Schweitzer-Schule dann in Konkurrenz mit dem Kompetenzzentrum stehen würde.

Herr Beig. Gatzke führte aus, dass es zu keinem Wegfall der Gruppe kommen würde, jedoch zu einer Bündelung und Konzentration der Förderungsmöglichkeiten im Kompetenzzentrum und dadurch eine intensive und frühzeitige Förderung der Schülerinnen und Schüler möglich sei.

Der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales fasste **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Hilden und der Stadt Haan über den Zusammenschluss der Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt ‚Lernen‘ in den Städten Hilden und Haan in der als Anlage beigefügten Fassung abzuschließen.“

12. Ganztagskonzept für die Stadt. Hauptschule Theodor-Heuss – SV

51/302

Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2007

Nach kurzer Aussprache nahm der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

13. Sachstandsbericht Offene Ganztagsgrundschule – SV 51/301

Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2007

Herr Bosbach teilte mit, die Verwaltung habe in Ihrer Sitzungsvorlage viele der gestellten Fragen beantwortet. Jedoch sei Punkt vier, Soll/Ist-Vergleich bei der Besetzung der Betreuungsstellen, Häufigkeit von Personalwechseln und deren Ursachen sowie Qualifikation der Betreuungskräfte, nicht ausreichend erläutert worden. Außerdem fragte er nach, ob die Verwaltung geplant habe, eine Übernahme der befristeten Arbeitsverträge in unbefristigte vorzunehmen. Er wies noch einmal auf die gewünschte anonymisierte Befragung der Eltern hin, in der die Zufriedenheit der Eltern abgefragt und aufgezeigt werden soll, wo eventuelle Verbesserungen nötig sein.

Frau Panke berichtete, dass die OGATA-Stellen mit Fachkräften besetzt seien, vereinzelt sogar mit Sozialpädagogen. Die Einstellungsverfahren erfolgten immer im Rahmen des Personalmanagementverfahrens unter Beteiligung der Schulleitungen. Die Fluktuation bei den Stellen sei gering. Gründe für Abwanderungen seien Schwangerschaften, das Angebot einer Vollzeitstelle oder bei den Sozialpädagogen eine Stelle in ihrem Fachbereich. Die OGATA-Gruppen nehmen am Qualitätsmanagement teil, somit erfolge ständig eine Optimierung.

Frau Schlottmann erklärte, dass die CDU eine Gesamtbefragung der Eltern als nicht sinnvoll betrachte. Falls Unzufriedenheiten bei den Eltern bestünden, sei es sinnvoll, direkt mit der Schulleitung Kontakt aufzunehmen und diese abzuklären. Deshalb sei der Aufbau eines engen Kommunikationsnetzes zwischen Schulleitung und Erziehungsberechtigten notwendig. Da deutlich werde, dass eine große Nachfrage nach OGATA-Plätzen bestehe und den Eltern mit Berufstätigkeit schon bei der Schulanmeldung eine Planungssicherheit gegeben werden sollte, stellte die CDU folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Möglichkeiten des Ausbaus der OGATA zu prüfen und dem Ausschuss für Schule, Sport und Soziales für die Januarsitzung ein nachfrageorientiertes Angebot vorzulegen.

Begründung:

Aus Gesprächen mit verschiedenen Schulleitern ist deutlich geworden, dass weiterer, über die bestehenden OGATA-Plätze reichender, Bedarf für das Schuljahr 08/09 besteht.

Die CDU möchte hier eine möglichst frühzeitige Planungssicherheit für die Schulen, vor allen Dingen für die Eltern erreichen.“

Der Ausschuss für Schule Sport und Soziales stimmte dem Antrag der CDU **einstimmig** zu.

Herr Beig. Gatzke sagte zu, zum nächsten Ausschuss Schule, Sport und Soziales die Frage der Übernahme der unbefristeten Arbeitsverträge in Dauerarbeitsverhältnisse im Bereich der OGATA zu klären. Bei einer Befragung der Eltern zur OGATA-Qualität würde man sich im Bereich der inneren Schulangelegenheiten bewegen. Daher sei das Instrument der Befragung bei der Steuerungsgruppe gut platziert, die mit den Schulen die Art der Befragung klären soll, damit die gute Qualität in den Einrichtungen gehalten bzw. weiterentwickelt werden kann.

Herr Will fragte nach, ob es bei den Vereinen durch die Einführung der OGATA zu Problemen bei den Nachmittagsangeboten gekommen sei und ob diese mit einer offiziellen Beschwerde an die Stadt herangetreten seien.

Herr Beig. Gatzke erklärte, dass keine individuellen Probleme von Vereinen an die Stadt herangetragen wurden. Alle Einrichtungen, die zu den Öffnungszeiten der OGATA's Kurse angeboten haben, mussten sich mit ihren Angeboten neu organisieren.

Nach Gesprächen mit den Schulleitungen wäre der Verwaltung deutlich geworden, dass bei den Eltern eine hohe Nachfrage nach Betreuungsplätzen in der OGATA besteht. Da die Möglichkeit besteht, für 2008 noch Landesmittel für die Betriebskosten zu erhalten, könne die Einrichtung von zusätzlich 2-3 Gruppen in Erwägung gezogen werden. Dieses wäre nur an den Schulen möglich, die noch über ausreichend Raumkapazität verfügen, Neu- oder Anbau von Gruppenräumen sei nicht mehr möglich. Die Schulleitungen seien aufgefordert bis Mitte Dezember ihre Bedarfzahlen für die OGATA zu melden, die Verwaltung werde dann in der Januarsitzung des Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Zahlen vorstellen.

14. Änderung der Richtlinien für die Teilübernahme von Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen, Ganztagsangeboten offener oder gebundener Ganztagschulen und nachschulischen Betreuungsformen – SV 51/227

Der Ausschuss für Schule Sport und Soziales fasste **einstimmig** folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales und im Jugendhilfeausschuss die Änderung der „Richtlinien für die Teilübernahme von Verpflegungsentgelten in Kindertageseinrichtungen, Ganztagsangeboten offener oder gebundener Ganztagschulen und nachschulischen Betreuungsformen“ in der als Anlage beigefügten Fassung.“

15. Verkürzung der Schulzeit – SV 51/308 **Antrag der Fraktion die UNABHÄNGIGEN Hilden vom 07.08.2007**

Nach kurzer Aussprache nahm der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

16. Sanierung des Sportplatzes Kalstert – SV 66/112

hier: Beratung der Unterlagen nach § 14 GemHVO

Herr Burchartz regte an, den Jugendlichen im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen einen Container für die Nutzung aufzustellen, da bei einer Begehung festgestellt wurde, dass der Raum durch andere Besucher besetzt war.

Frau Panke berichtete, dass die Begehung der Räumlichkeiten außerhalb der Öffnungszeiten für den Jugendraum vorgenommen wurde und in dieser Zeit eine Nutzung durch andere Gäste erlaubt sei.

Ohne weitere Wortmeldung fasste der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales mit **12 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung** folgenden Beschluss:

„Der Rat beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss sowie Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Sanierung des Sportplatzes Kalstert als Kunstrasenplatz und stimmt den vorgelegten Unterlagen nach §14 GemHVO mit den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 798.014,-€ zu.

Nach den 2007 bereit gestellten Mitteln für die Planung : 50.000,00€
soll der Restbetrag von : 748.014,00€
im Haushaltsplan 2008 veranschlagt werden.

Um die Arbeiten bis zum Herbst 2008 durchzuführen erfolgt gleichzeitig die vorzeitige Freigabe der für 2008 etatisierten Haushaltsmittel. Die Mittel werden bis zur Rechtskraft des Haushaltsplans 08 im Produkt 080102, Investitions-Nr. I076600062 bereitgestellt.“

17. Ergebnisse CHECK! 2007 – SV 51/303

Frau Wachendorf stellte die Ergebnisse des CHECK's 2007 an Hand eines PowerPoint-Vortrages vor.

Herr Meissner fragte nach, ob der Re-Check in Klasse vier durchgeführt würde und ob es möglich sei, abzufragen welche Kinder das Sportabzeichen abgelegt hätten. Außerdem fragte er nach, wie die DIN-Normen für 0 – 17 Jahre festgelegt worden sein, insbesondere bei den 0-jährigen.

Frau Wachendorf bestätigte, dass die zweite Testung im vierten Schuljahr erfolgen würde und eine Abfrage des Sportabzeichens möglich sei. Die Normdaten für die Erhebung seien 2001 entwickelt worden. Es sei eine Erhebung der Kindergesundheit durchgeführt worden. Grundlage dafür sei unter anderem die Größe und das Gewicht der Kinder gewesen.

Herr Bosbach erkundigte sich, ob es Aussagen dazu gäbe, dass mehr Bewegungsförderung auch eine höhere Lernleistung bei den Schülerinnen und Schülern bewirken würde.

Frau Wachendorf führte aus, an Hand von Studien sei zu belegen, dass Schülerinnen und Schüler mit Bewegungsförderung leistungsfähiger seien. Besonders stark sei eine Leistungssteigerung bei den Kindern beobachtet worden, die einen Kurs im Voltigieren besuchten.

Frau Keding begrüßte die Durchführung des CHECK's. Bewegungsfreudige Kinder seien auch im Unterricht wacher. Es sei erwiesen, dass der Aufbau einer Körperspannung auch einen Aufbau einer Lernspannung zur Folge habe.

Herr Wagner merkte an, dass 22% der Kinder noch nicht schwimmen könne.

Herr Beig. Gatzke berichtete, dass eine der vorrangigen Aufgaben von Frau Wachendorf im Rahmen des Sport- und Förderprogramms, die Steigerung der Quote der Schwimmer in Hilden sei.

Frau Keding erklärte, im Schwimmunterricht falle auf, dass immer weniger Kinder schwimmen könnten oder sogar nicht an das Wasser gewöhnt seien. Das Zeitfenster beim Schwimmunterricht an der Schule sei zu eng, als das man aus Nichtschwimmern Schwimmer machen könne oder gar erst dort mit der Wassergewöhnung beginne.

Herr Dupke erörterte, dass ca. 30% der Grundschüler das Sportabzeichen ablegen würden. Es sei möglich, das Sportabzeichen, in dem Jahr in dem man das sechste Lebensjahr beendet, abzulegen, jedoch müssen dabei die Leistungen erbracht werden, die auch ein achtjähriges Kind absolvieren muss.

18. Bericht Turn- und Sporthallenanalyse – SV 51/304

Ohne Wortmeldungen nahm der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

19. Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr Beig. Gatzke berichtete, dass man dabei sei, die Anträge der Fraktionen abzuarbeiten. Eine SPD-Anfrage bezüglich der Sportplatzpflege habe man deshalb zum Anlass genommen, das gesamte Verfahren zu optimieren.

Es seien Begehungen der Sportplätze durchgeführt und dabei der Zustand der Anlagen ermittelt worden. Bei 2-3 Sportplätzen müssten Pflegeanforderungen vertraglich nachgearbeitet werden. Der Bericht mit den neuen Strukturen soll den Ausschussmitgliedern 2008 vorgelegt werden.

Grundsätzlich bedürften die mit den Vereinen abgeschlossenen Verträge einer Überarbeitung, da die zu erfüllenden Anforderungen stärker konkretisiert werden müssten. Im nächsten Jahr sollen dazu die Gespräche mit den Vereinen und dem Stadtsportverband stattfinden.

Im Bereich der OGATA seien im Haushalt 2007 die Mittel für die Honorarkräfte gekürzt worden. Der Schulleiter Herr Kamps hatte darum gebeten die Haushaltsmittel für 2008 wieder auf die alte Höhe anzuheben. Die eventuelle Anhebung soll

in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Wege der Haushaltsplanberatung erörtert werden.

20. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Die Vorsitzende:

Die Schriftführerin
für Schul- und Sportangelegenheiten

.....
Hiltrud Stegmaier

.....
Der Schriftführer
für Sozialangelegenheiten

.....
gesehen:

.....
Beigeordneter

.....
Bürgermeister

